

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/Bo

27. April 1977

Angst ist ein schlechter Ratgeber

Einzig die SPD bemüht sich um einen Standpunkt in der Energiepolitik

Von Egon Bahr
Bundesgeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Zeichen eines zu engen geistigen Horizonts

Gesetzentwürfe der Opposition bewirken nichts

Von Hugo Brandt MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 76 Zeilen

Verantwortung in der Steuerpolitik

Steuerliche Last und staatliche Leistung sind unteilbar

Von Dr. Rolf Böhme MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Bundestages

Seite 5 bis 7 / 126 Zeilen

Europarat debattiert über KSZE-Folgen

Außenpolitische Isolierung der CDU/CSU auch in Europa perfekt

Von Dr. Olaf Schwencke MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Seite 8 und 9 / 50 Zeilen

Ein notwendiger Schritt

SPD-Vorstand beantragt Parteiordnungsverfahren gegen Benneter

Seite 10 / 45 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 35/30
Telefax: 08 86 648-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Angst ist ein schlechter Ratgeber

Einzig die SPD bemüht sich um einen Standpunkt in der Energiepolitik

Von Egon Bahr

Bundesgeschäftsführer der SPD

Es stimmt, daß die SPD keine einheitliche Auffassung zum Einsatz der Kernenergie hat. Das gilt auch für die CDU und die FDP. Aber die SPD ist die einzige Partei, die sich die Mühe macht, einen Standpunkt zu erarbeiten.

Das Wort Partei kommt aus dem Lateinischen: pars heißt Teil. Parteien sind Teile des Ganzen unseres Staates. Die Mühe, die sich meine Partei mit der Kernenergie macht, macht sie sich für das Ganze, unseren Staat, denn es gibt auch keine einheitliche Meinung über den Einsatz von Kernenergie in unserem Land.

Es gibt Bürgerinitiativen dagegen und dafür, es gibt Angst: vor Gefahren bei Katastrophen oder Defekten, Angst vor Strahlungsschäden, zu denen wir unsere Kinder und Kindeskinde verurteilen können, es gibt Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, wenn wir auf Kernenergie verzichten. Insofern spiegeln sich in der SPD auch Ängste wider, die es im ganzen Volk gibt.

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Wir müssen mit kühlem Verstand und Nüchternheit an die Probleme herangehen. Menschlicher Verstand hat sie geschaffen, nur mit Verstand sind sie zu lösen. Beschwörungen helfen nicht, Gewalt noch viel weniger. Gewalt erzeugt nur Gegengewalt, also neue Angst, und ist geeignet, den Staat zu zerstören.

Bevor man auf die Politiker schimpft, sollte man überlegen, daß sie Mühe haben, mit den Problemen fertig zu werden, die andere, nämlich die Wissenschaftler, geschaffen haben. Natürlich wäre es töricht, auf die Wissenschaftler zu schimpfen; ohne sie und ihre Gehirne gäbe es keinen tech-

nischen Fortschritt. Aber es ist nun einmal eine Tatsache, daß die verantwortlichen Staatsmänner der Welt bis heute nicht mit letzter Sicherheit das Problem gelöst haben, das es seit 1945 gibt, als die erste Atombombe über Hiroshima explodierte. Dazu kommt, daß seither die Wissenschaftler nicht etwa aufgehört haben, neue Erkenntnisse in die Welt zu setzen. Schon heute kann irgendwo etwas erfunden worden sein, was uns vor neue Probleme stellt. Dazu kommt, daß immer mehr Menschen ihr Geld damit verdienen, sich immer mehr auszudenken, gottlob auch solches, was Probleme lösen kann.

Diejenigen, die bei Kernenergie von großem Risiko sprechen, haben Recht. Diejenigen, die bei der Ablehnung der Kernenergie von großen Risiken sprechen, haben auch Recht. Die Aufgabe der Kernenergiekonferenz der SPD, die Ende April in Köln stattfindet, ist es, beide Ketten von Argumenten nebeneinander zu stellen. Wir werden für die einzelnen Themen Meinung und Gegenmeinung zu Wort kommen lassen und dann diskutieren. Die Hoffnung ist es, daß sich dabei ergeben kann, ich unterstreiche das kann, wo und unter welchen Bedingungen die unterschiedlichen Risiken kalkulierbar werden, welche Entscheidungsmöglichkeiten es gibt.

Dabei wird ein Richtpunkt der Diskussion die Festlegung sein, die in der Erklärung der Bundesregierung getroffen wurde: Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit.

Die Energiekonferenz würde ein voller Erfolg sein, wenn sie uns solche Maßstäbe der Entscheidung lieferte, also den Entscheidungsprozeß durchsichtig macht. Entscheiden kann sie nicht, Entscheidungen müssen Parteien, Parlamente, Regierungen treffen. Eine große Debatte im Bundestag steht im Frühsommer an. Die Fortschreibung des Energiekonzepts wird in den nächsten Monaten erfolgen, im November kann die Debatte soweit sein, daß die SPD auf ihrem Parteitag zu einem Konzept finden kann, das dann die wesentlichen Argumente von Befürwortern und Gegnern gewogen, gewertet und verarbeitet hat, auch diejenigen der Bürgerinitiativen.

Es könnte sein, daß dieses Konzept tragfähig für eine breite Mehrheit, nicht nur in der SPD, sondern auch in unserem Lande wird. Denn hätte sich die Mühe gelohnt und gezeigt, wie man ein Problem löst, das die Entwicklung uns aufgezwungen hat, unter Beteiligung vieler Bürger, also in einer Demokratie.

(-/27.4.1977/va-he/ja)

Zeichen eines zu engen geistigen Horizonts

Gesetzentwürfe der Opposition bewirken nichts

Von Hugo Brandt MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Nun hat die CDU/CSU ihre Gesetzentwürfe vorgelegt, und es steht das drin, was zu erwarten war. Eine Reihe von Christdemokraten wird sich über die eigene Courage wundern, dem, was da vorgelegt worden ist, Wirkung zuzuschreiben. Die Skrupellosen unter den Christdemokraten - und das sind nicht wenige - werden sich noch nicht einmal wundern, wohlwissend, daß nichts von all dem hilft, sondern eher schadet. "Für die Gesetze soll das Volk kämpfen wie für seine Mauer", forderte Heraklit vor zweieinhalbtausend Jahren. Eine gute Erkenntnis. Stattdessen soll nun an der Mauer herumbestelt werden, obwohl jedem klar sein mußte, daß es nicht darauf ankommt, noch ein paar Steine zu suchen, die man auswechseln könnte, sondern darauf, mit welcher Entschlossenheit man die Mauer verteidigen will.

Die Wege sind vorgezeichnet. Die Rückrollkommandos haben sich in Marsch gesetzt, denn jeder Weg hat ein vorgezeichnetes Ziel. Jetzt soll also für bestimmte Straftaten die höchste Zeitstrafe von 15 auf 20 Jahre erhöht werden. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn man sich von einer solchen Gesetzesänderung Wirkung versprechen könnte. Doch jedermann weiß, daß, wer 15 Jahre riskiert, vor 20 nicht zurückschreckt. Den behaupteten Unterschied in der Abschreckungswirkung gibt es nicht. Und vergessen wir nicht: Die meisten der Terroristen erwartet ohnehin lebenslange Freiheitsstrafe. Das alles wissen die klügeren "Christen" sehr gut. Es muß also etwas anderes dahinterstecken, und es ist nicht gar so schwierig, dies zu erkennen. Das leider nicht auszuschließende nächste Verbrechen wird die Diskussion neu in Gang bringen. Da man suggeriert hat, daß die neue Strafandrohung abschreckende Wirkung habe, wird daraus der logische Schluß gezogen werden müssen, die Strafandrohung reiche immer noch nicht aus. Am Ende dieses Weges steht die Einführung der Todesstrafe, und diese dann auch nicht nur für Morde. Am Ende eines solchen Weges steht die allgemeine, qualitativ veränderte Strafverschärfung. Dies zeigt sich auch an der uns angeordneten Bestimmung, daß nun auch schon bei einem Ersttäter unter bestimmten Voraussetzungen Sicherungsverwahrung angeordnet werden soll. Am Ende antwortet der Staat auf die Verbrechen terroristischer Gruppen mit Terror, und das ist nicht der Weg, den wir mitzugehen bereit sind.

Dieser Tendenz entspricht auch jener andere Gesetzentwurf, mit dem die Strafaussetzung zur Bewährung bzw. die Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung in bestimmten Fällen unterbleiben soll. Schon heute gibt es auf Aussetzung eines Strafrestes keinen Anspruch. Entscheidend für die Gewährung ist die Sicherheit der Prognose. Die Einführung einer solchen Vor-

schrift ist nutzlos, weil sie ohnehin bestehende Möglichkeiten einrichten will. Sinn der Unternehmung kann es also nicht sein, wirksamere Maßnahmen zu ergreifen, an die man bisher nicht gedacht hat. Letztendes ist der Sinn dieses Unternehmens, das von den "Christen" ungeliebte Strafvollzugsgesetz im Kern zu treffen. Die Zerstörung einer hoffnungsvollen Perspektive und eines neuen Aufbruchs auf einer soliden Erkenntnisgrundlage. Niemand verkent, daß es geboten sein kann, von Möglichkeiten, die das Gesetz eröffnet, keinen Gebrauch zu machen. Niemand sollte jedoch auch verkennen, daß es nicht gut wäre, eröffnete Möglichkeiten zu verbauen.

Gewissermaßen unter der Hand muß nun auch die Reform des Demonstrationsrechtes wieder rückgängig gemacht werden, als ob es sich nicht bewährt hätte. Das geltende Demonstrationsrecht hat uns einen starken Rückgang unfriedlicher Demonstrationen gebracht. Die jetzt wieder einmal vorgeschlagenen Rückmarschpläne würden nichts anderes bedeuten, als es in das Belieben von Gewalttätigen zu stellen, jede Demonstration zu sprengen. Wir haben Anlaß genug, darauf zu vertrauen, daß die demokratischen Demonstranten in der Lage sind, sich von Krawallmachern und Gewalttätern zu lösen. Wer Demonstrationen für Gewalttätigkeiten mißbraucht, ist nach wie vor strafbar, und dabei soll es auch bleiben. Aber auch hier ist die Zielrichtung klar. Ganz offensichtlich will man beginnen, sich das Instrumentarium zu verschaffen, unliebsame Demonstranten "in den Griff" zu bekommen. Das Ende dieses Weges ist erkennbar.

Und schließlich natürlich wird der Glaubenskrieg, ob das Gespräch des Verteidigers mit seinem Mandanten überwacht werden soll, wieder entfacht. Ich meine, alle Vermutungen, die es gibt, reichen für eine so weittragende Maßnahme nicht aus. Denn bewiesen ist da überhaupt nichts. Noch nicht einmal der dringende Verdacht besteht. Denn sonst müßte nach den bestehenden Gesetzen der Verteidiger ausgeschlossen werden. Und so bleibt ein weiteres Feld für Vermutungen und Unterstellungen.

Nun werden wir wieder einmal untereinander über Gesetze zu streiten haben, statt gemeinsam für die Gesetze zu streiten, mitzuhelfen, daß die Verbrecher gefaßt werden, daß sie vor Gericht gestellt und daß sie nach unseren Gesetzen nach zügigem rechtsstaatlichem Prozeß abgeurteilt werden. Die Würde des Rechtsstaates besteht u.a. darin, sich nicht Gesetze, deren Erfolg zumindest zweifelhaft ist, abpressen zu lassen. Es haben alle diejenigen Recht, die sagen, daß wir eine neue geistige Auseinandersetzung brauchen. Das, was von der CDU/CSU vorgelegt worden ist, ist jedoch kein Zeichen für eine neue geistige Auseinandersetzung, sondern ausschließlich für einen zu engen geistigen Horizont.

(-/27.4.1977/va-he/10)

+ + +

Verantwortung in der Steuerpolitik

Steuerliche Last und staatliche Leistung sind unteilbar

Von Dr. Rolf Böhme MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Bundestages

Bis heute hat die CDU/CSU kein glaubwürdiges Konzept einer steuerpolitischen Alternative auf den Tisch gelegt, sondern übt sich in einseitiger Polemik, die sich immer wieder auf die Formel bringen läßt: Vom Staat mehr Ausgaben verlangen und dem Staat mehr Einnahmen verweigern. Beides zusammen geht nicht, und deshalb ist die Politik der Opposition unehrlich, unredlich und verantwortungslos.

Aber mit dieser Art von "Politik" ist dem Bürger draußen nicht geholfen. Jeder weiß, daß die Frage der Steuern und Soziallasten, also der Abgaben insgesamt, in der Öffentlichkeit zu einem Schwerpunktthema geworden ist. Mit Recht will der Bürger wissen, wie es hier weitergeht, und diesen Fragen muß sich das Parlament stellen. Polemik ersetzt keine Politik. Es kommt vielmehr darauf an, offen und ehrlich die Daten und Fakten in der Abgabenbelastung zu benennen und gleichzeitig den Zusammenhang zwischen steuerlicher Last und staatlicher Leistung herzustellen, denn Steuern und Sozialabgaben zahlen ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, welche Leistungen der Staat mit diesem Geld dem Bürger zur Verfügung stellt. Wer diesen Zusammenhang löst, höhlt den Sozialstaat langsam aber sicher aus. Dies ist der zentrale Punkt der CDU/CSU-Angriffe gegen unser derzeitiges Steuerrecht. Dazu einige Anmerkungen, die auch die Verschiebungen in unserem Steuerrecht berücksichtigen und erklären helfen sollen:

1/ Die Gliederung unseres Steueraufkommens, also die Zusammensetzung unserer Steuereinnahmen insgesamt, hat sich in den letzten Jahren langsam aber stetig verändert. So hat sich das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern von 1960 bis 1976 umgedreht. Während 1960 die indirekten Steuern noch den überwiegenden Anteil am gesamten Steueraufkommen aufwiesen, nämlich 51 Prozent, sackte dieser Anteil in 1976 auf 41 Prozent ab. Im gleichen Zeitraum sind die direkten Steuern, also insbesondere Lohn- und Einkommensteuer von 49 Prozent in 1960 auf 59 Prozent in 1976 angestiegen, davon allein die Lohnsteuer auf einen Anteil von 31 Prozent. Wer das weitere Anklettern der direkten Steuern, hier also vor allem der Lohnsteuer, dämpfen will, muß zum Ausgleich bei den indirekten Steuern bereit sein. Deshalb spricht die steuerpolitische Logik und die Balance zwischen den einzelnen Steuerarten für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer als indirekte Steuer bei gleichzeitiger Senkung der Steuerlast bei den direkten Steuern.

Genauso auf dieser Linie liegt das Steueränderungsgesetz mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und Entlastung vor allem bei der Lohn- und Einkommensteuer. Natürlich wird hier nicht allgemein einem Austauschgeschäft zwischen Lohnsteuersenkungen und Mehrwertsteuererhöhungen das Wort geredet. Dies kann in Wahrheit bei der vorliegenden Größenordnung auch nicht behauptet werden. Wer jedoch in der gegenwärtigen Situation Steuerentlastungen will,

ohne die öffentliche Hand finanziell gleichzeitig zu strangulieren, muß für das nötige Finanzvolumen Vorsorge treffen.

2/ Innerhalb des Bereichs der direkten Steuern sind die Gewinnsteuern von 34 Prozent Anteil am Gesamtsteueraufkommen in 1960 auf 25 Prozent Anteil am Gesamtsteueraufkommen in 1976 abgesunken, während gleichzeitig die Lohnsteuer von 12 auf 31 Prozent anstieg. Offensichtlich hat die steigende Lohnsteuer die fallende Gewinnsteuer und den fallenden Anteil der indirekten Steuern kompensiert und wer dies einräumt, muß zu dem Ergebnis kommen, daß künftige Steuerentlastungen vor allem im Lohnsteuerbereich zu suchen sind. Deshalb ist das ständige Gerede der CDU/CSU von der "Überbesteuerung" der Wirtschaft eine Zumutung; denn die Zahlen besagen, daß die Gewinnsteuern der Unternehmungen prozentual am Gesamtsteueraufkommen zurückgegangen sind.

Hinzu kommt, daß bei den Gewinnsteuern weitere "Aufkommensnischen" bestehen durch Steuerrückstände und eine Veranlagungspraxis, wonach die Veranlagung und Begleichung der Steuerbeträge oft ein time-lag von mehreren Jahren aufweist, während die Arbeitnehmer gläserne Taschen haben und jede zusätzlich verdiente Mark am nächsten Ersten des Monats versteuern müssen. Die Verzinsung von Steuerguthaben beim Staat und von Steuerforderungen des Staates gegen einzelne Steuerbürger stellt sich hier in einem neuen Licht und wird zu einem besonderen Gerechtigkeitsproblem im Steuerrecht.

3/ Die Bürger zahlen nicht nur Steuern und Sozialabgaben, sondern erhalten vom Staat auch Geld zurück. Diese staatlichen Geldleistungen, die man "Transferleistungen" nennt, also z.B. Renten, Bafög, Kindergeld, Wohngeld, Sparprämien, haben inzwischen ein beachtliches Volumen erlangt und erreichten 1976 eine Summe von 235 Milliarden DM. Rund 3.800 DM sind 1976 pro Kopf der Bevölkerung ausbezahlt worden. Rund 45 Prozent der gesamten staatlichen Ausgaben fließen damit als Transferleistungen unmittelbar an die Bürger zurück. Bei diesem Volumen wird erklärlich, daß heute für den Lebensstandard des Bürgers nicht nur das Lohn Einkommen entscheidend ist, sondern auch das Einkommen, welches er als Kindergeld, Wohngeld, Sparprämie, Bafög usw. erhält.

Dieser Zusammenhang der steuerlichen Lasten mit den staatlichen Leistungen unseres Staates muß jedem Bürger bewußt gemacht werden. Deshalb war bei der Reform des Familienlastenausgleichs geplant, die Kindergeldleistungen mit der Steuer zu verrechnen. Dann hätte jeder Bürger auf dem Lohnstreifen gesehen, wie Lohnsteuer und Kindergeld sich gegenüberstehen und daß netto durch die Kindergeldzahlung mehr übrig bleibt. Dann hätte Klarheit bestanden und die Lohnsteuerquote wäre von vornherein gemindert gewesen. Viele heutige Berechnungen der Lohnsteuerquote sind verzerrt, weil das Kindergeld nicht berücksichtigt ist.

Damit wird klar, daß bei jeder Abgabenerhöhung auch zu fragen ist, welche Auswirkungen dadurch auf die staatlichen Transferleistungen und damit das gesamte verfügbare Einkommen gegeben sind. Natürlich gibt es hier erhebliche Probleme in der Abstimmung von Lohn Einkommen und Transferleistungen, wenn z.B. die staatlichen Leistungen an Einkommensgrenzen gebunden sind.

Deshalb ist es richtig, daß die Bundesregierung eine Enquête-Kommission einberufen hat, die den Einfluß der staatlichen Transferinkommen auf die insgesamt verfügbaren Einkommen verschiedener Haushalte ermitteln und Vorschläge zu einer besseren Abstimmung zwischen marktüblichem Einkommen und staatlichem Transferinkommen sowie Belastungen entwickeln soll.

4/ Gleichzeitig sind die Zahlen über das Ansteigen der Abgabenbelastungen exakt zu bewerten. In der öffentlichen Diskussion wird ja immer auf die sogenannte Grenzsteuerbelastung abgestellt. Die Grenzsteuerbelastung ist die Belastung, welche nur auf dem Lohnzuwachs liegt, also danach fragt, welche zusätzliche Steuer gerade auf der Lohnerhöhung liegt. Von entscheidendem Interesse für den Bürger ist jedoch, wie das Gesamteinkommen besteuert wird und nicht nur der jeweilige Lohnzuwachs. Diese Gesamtbelastung kommt in der Durchschnittsbelastung des jeweiligen Gehaltes zum Ausdruck.

Diese Durchschnittsbelastung ist wesentlich niedriger als die sog. Grenzbelastung. Im Jahr 1976 betrug die Durchschnittsbelastung mit Lohn- und Kirchensteuer und Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung lt. Angaben des IFO-Instituts knapp 30 Prozent, wobei noch das Kindergeld mit rund zwei Prozent in Abzug zu bringen ist.

Für die gestiegenen Abgabenbelastungen sind im übrigen vor allem die Sozialversicherungsbeiträge verantwortlich. Die gesamte Steuerlast war im Jahr 1976 mit 23,4 nicht größer als im Jahr 1952 (23,5 Prozent), während die Sozialversicherungsquote von 7,5 Prozent in 1952 auf 13,7 Prozent in 1976 gewachsen ist.

Bei den gestiegenen Sozialversicherungsbeiträgen ist jedoch zu berücksichtigen, daß den Beiträgen ganz konkrete Gegenleistungen gegenüberstehen. Der hohe Stand der Sozialversicherungsleistungen, den es zu wahren gilt, hat in der Bundesrepublik Deutschland dazu beigetragen, daß es zu keinen sozialen Spannungen gekommen ist, wie in anderen Ländern. Der soziale Frieden, den unser soziales Netz gewährleistet, ist das Fundament unserer weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Aber nicht nur das - erst die soziale Sicherheit schafft auch die persönliche, die individuelle Freiheit; denn für die Mehrzahl unserer Bürger ist die persönliche Freiheit erst durch die soziale Sicherheit erlebbar und real. Dies ist der Hintergrund, weshalb wir uns wehren, wenn die CDU/CSU versucht, dem Staat die notwendigen Finanzmittel zu verweigern und gleichzeitig noch Mehrausgaben vom Staat fordert. In Wahrheit ist diese Doppelstrategie darauf gerichtet, den Staat finanziell zu strangulieren. Aber hier soll nicht nur die jetzt antierende Bundesregierung in die Zange genommen, sondern hier soll der gesamte Sozialstaat in Mißkredit gebracht und fertiggemacht werden. Dagegen wehrt sich die SPD - und das mit guten Gründen, weil Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zusammengehören. (-/27.4.1977/va-he/1a)

Europarat debattiert über KSZE-Folgen

Außenpolitische Isolierung der CDU/CSU auch in Europa perfekt

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Die 29. Sitzungsperiode der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg wird von einem außerordentlich wichtigen Tagesordnungspunkt beherrscht: Am heutigen Mittwoch beginnt die dreitägige Debatte der KSZE-Schlußakte und der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen unter den Teilnehmerstaaten (ER-Doc. 3951).

Dabei wird es in Straßburg in dieser Woche um den dreifachen Fragenkomplex gehen, der durch die unterschiedliche Auslegung des KSZE-Dokuments und durch das Anwachsen der Menschenrechtsbewegung in den Ostblockstaaten gekennzeichnet werden kann:

- Die politische Auswirkung von Helsinki in den Ost-West-Beziehungen;
- die Problematik der Anwendung von Grundsatzbestimmungen der Schlußakte in den einzelnen Staaten und zwischen den Unterzeichnerstaaten;
- die Bedeutung der verabredeten Folgekonferenzen - namentlich der aus dem Kreis der 19 Europarats-Mitgliedstaaten angeregten interparlamentarischen Konferenz in Wien, im Mai 1978.

Die Diskussion in Straßburg wird einen ersten Aufschluß über eine mögliche gemeinsame Haltung der westeuropäischen parlamentarischen Demokratien auf der Folge-Konferenz in Belgrad geben.

Zu diesem Thema werden außer dem schweizer Sozialdemokraten Aubert als Generalberichterstatler acht weitere Berichterstatler zu Worte kommen.

Wenngleich die Sozialdemokraten dabei - gemäß der Stärke ihrer Fraktion im Europarat - die Mehrheit bilden, wird das Spektrum doch von den Gaullisten und konservativen Christdemokraten bis hin zu den französischen Kommunisten reichen: von Buck (Gaullist) und Mende (CDU) bis hin zu Serge Boucheny (KPF).

Die bundesdeutsche CDU/CSU-Opposition - in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates schon seit Willy Brandts Ostverträgen von anderen westeuropäischen Parteifreunden politisch strikt isoliert: Keine der in Straßburg vertretenen Parteien hat "Helsinki" abgelehnt! - will, wie man hört, ihren sogenannten Standpunkt "offensiv" vertreten: Vertreter des extrem rechten Flügels sollen das Wort ergreifen, um die Position der Opposition darzustellen.

Sicherlich verlangt kein deutscher "Sozialliberaler", daß die Opposition in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ihre politische Haltung verleugnet; doch verlangen kann man, daß dies im Ausland um der Sache unserer parlamentarischen Demokratie willen mit der gebotenen Würde geschieht: Gerade das steht nicht zu erwarten, nachdem die "Welt" bereits am vergangenen Freitag ankündigte, die Opposition habe die - ungeheuerliche - Vorstellung, eine Anti-"Helsinki"-Dokumentation ggf. über eine auswärtige Regierung in Belgrad einzubringen und wolle für Straßburg Redner wie Müller-München (CSU) und Reddemann (CDU) benennen! Kann die Rückkehr zu einer Atmosphäre des Kalten Krieges in Europa eigentlich noch deutlicher dokumentiert werden?

Nach unseren Erfahrungen wird sich keine der Europarats-Fraktionen einer solchen Haltung anschließen wollen: Zur "Entspannungspolitik gibt es" - wie Willy Brandt in Amsterdam sagte - "keine realistische Alternative". Die außenpolitische Isolierung der CDU/CSU ist auch in Europa perfekt - ob das eine Rückwirkung auf diese bundesdeutsche Partei haben wird? Es scheint nicht zu erwarten zu sein. (-/27.4.1977/va-he/10)

+ + +

Ein notwendiger Schritt

SPD-Vorstand beantragt Parteifordnungsverfahren gegen Benneter

Der SPD-Parteivorstand hat am späten Dienstagabend beschlossen, für den Juso-Vorsitzenden Klaus Uwe Benneter mit sofortiger Wirkung alle Rechte aus der Mitgliedschaft in der SPD für die Dauer von drei Monaten ruhen zu lassen und beim SPD-Landesverband Berlin ein Parteifordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses zu beantragen.

Das ist ein Schritt, der sowohl im Interesse der SPD als auch im Interesse der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten erforderlich war. Dem Parteivorstand blieb kein anderer Weg, nachdem Benneter seine "Konkret"-Äußerung, daß für Jungsozialisten die Mitgliedschaft in der SPD "kein Dogma" sei, am Dienstag in mehreren Interviews und auf einer Pressekonferenz demonstrativ bekräftigt hatte.

Der Parteivorstand hatte am Montag nach Bekanntwerden des "Konkret"-Interviews kein Interesse daran, aus dieser Sache nun eine Staatsaktion machen zu wollen. Egon Bahr hatte die Tür offengehalten, indem er den Vorschlag unterbreitete, die Interview-Äußerungen zurückzuziehen. Benneter nutzte oder wollte die Chance nicht nutzen. Er beharrte - entweder aus Naivität oder weil er bewußt provozieren wollte - auf seinen Äußerungen. Damit ließ er dem Parteivorstand keine andere Möglichkeit. Der Vorstand mußte gemäß den Statuten der Partei so handeln, wie er gehandelt hat.

Benneters Interview-Äußerungen sind nicht nur parteischädigend, sondern auch Juso-schädigend. Wer ohne Auftrag der Arbeitsgemeinschaft und ohne Absprache mit dem gesamten Juso-Bundesvorstand die prinzipielle Juso-Entscheidung, in, für und mit der SPD zu arbeiten, für alle Jungsozialisten zur Disposition stellt, der schadet den Jungsozialisten insgesamt. Wie wollen Jungsozialisten noch auf die Politik der Gesamtpartei Einfluß nehmen und in der Partei - egal in welchen Gliederungen - als Gesprächspartner ernstgenommen werden, wenn ihr Vorsitzender verkündet, die SPD-Mitgliedschaft sei für Jungsozialisten kein Dogma.

Nach dem Beschluß des Parteivorstandes, der einzig und allein gegen Benneter, nicht aber gegen die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten gerichtet ist, wird die innerverbandliche Lage bei den Jusos sicherlich nicht automatisch einfacher werden. Die Jungsozialisten müssen jetzt einen klaren Kopf behalten und den "Reinigungsprozeß" durchstehen. Jetzt gilt es zusammenzustehen, Emotionen beiseitezuschieben und den Verband wieder zu einer politisch handlungsfähigen und schlagkräftigen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Gesamtpartei zu machen.

An die Adresse einiger Eiferer in der Partei und in der Öffentlichkeit muß aber auch klar gesagt werden: Die Entscheidung des Parteivorstandes ist kein Freibrief für eine generelle Juso-Jagd. Die SPD braucht eine kritische und unbequeme Jugendorganisation. Mit Duckmäusertum ist niemandem geholfen. Die SPD braucht wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft die inhaltlichen Anstöße der jungen Generation.

Gode Japs
(-/27.4.1977/hgy/js)